

DER SPÄTSOMMER DER KURDISCHEN ARBEITERPARTEI PKK:

FRIEDEN MIT UND IN DER TÜRKEI?

Seit Jahresbeginn ist es stiller geworden um die PKK, obwohl die Entwicklung in der Türkei und das Verhältnis Türkei – EU kaum weniger brisant ist als Ende letzten Jahrhunderts. Der neueste Waffendeal (Lizenz für eine Munitionsfabrik) fand zwar noch einige Kritiker in den Reihen der Bündnisgrünen, die aber wurden von Fischer in überheblichem Ton gemaßregelt (OSSIEZKY berichtete). Der meinte, man solle derart schwierige Fragen lieber den Experten vom Bundessicherheitsrat überlassen. Warum nicht gleich dem türkischen Militärregime? Dem würde die Antwort leicht fallen: Fast gleichzeitig wurden nämlich eine erneute Invasion und Bombeneinsätze des türkischen Militärs mit Dutzenden Todesopfern im Nordirak unter dem Vorwand der Verfolgung von „PKK-TERRORISTEN“ bekannt – wer zählt die Aktionen dieses schmutzigen Krieges unter eklatantem Bruch des Völkerrechts und ohne ernsthaften Protest der „international Völkergemeinschaft“ überhaupt noch im Zeitalter der „Menschenrechtskriege“?

Ebensowenig kritische Resonanz gab es für Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Thema PKK. Dabei hatte dieses im Juli die Verfassungsbeschwerde gegen das sogenannte „PKK-Verbot“ des früheren CDU-Bundesinnenministers Kanthers nach mehr als fünf Jahren abgelehnt; es sei verfassungsrechtlich unbedenklich, weil die PKK „auch(!) in Deutschland gewalttätig und terroristisch arbeitet“ – d.h. der Terrorismus-Begriff des türkischen Militärregimes wird völlig unkritisch übernommen, obwohl selbst der Generalbundesanwalt seit 1996 keine „terroristische Vereinigung“ innerhalb der PKK mehr feststellen konnte und die PKK seitdem nur noch als „Kriminelle Vereinigung“ verfolgt...

Man sieht: Die Schützenhilfe für die traditionelle deutsch-türkische Waffenbrüderschaft funktioniert auch in der rotgrünen Berliner Republik bestens. Gleichzeitig wird die vollständige Aufnahme der Türkei in die EU ebenso wie die Lieferung von 1.500 Leopard-Panzern noch an die Verbesserung der Menschenrechts- und Minderheiten-Situation geknüpft. Und die kann die Türkei offenbar damit beweisen, daß zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes der Anführer eines kurdischen Aufstandes nicht gehängt, sondern „rechtsstaatlich“ verurteilt und nach Abschaffung der Todesstrafe lebenslang auf einer Festungsinsel eingesperrt wird. Wie man hört, arbeiten deutsche Experten mit Hochdruck an einer neuen Verfassung der Verfassung der Türkei mit.

Bei soviel positiven Entwicklungen in puncto Rechtsstaat ist es vielleicht auch kein Wunder, daß das türkische Regime einen früher undenkbaren Bündnispartner bei den Bemühungen um die volle EU-Mitgliedschaft gewonnen hat: Die PKK! Ja mehr noch: Seitdem der alte und neue PKK-Vorsitzende Öcalan aus der Isolation seines Hochsicherheitstrakts auf Imrali heraus die neue Linie seiner Organisation von „Frieden und Demokratie“ verkündet hat, haben nicht nur der Guerillakampf und die bewaffneten Anschläge aufgehört, sondern auch der Kampf für die Freiheit aller politischen Gefangenen, die Aktionen der „Samstags-Mütter“ (für die Verschwundenen) in Istanbul, die Demonstrationen gegen türkische Botschaften und Einrichtungen in der ganzen Welt sind von der Bildfläche verschwunden. Und in schweren Krisen des Regimes, wie etwa der Erdbebenkatastrophe, schickt Öcalan aus der Imrali-Zelle ganz staatsmännisch Kondolenzbriefe an die Regierung, statt den Protest breitester Bevölkerungskreise durch seine Partei zu organisieren. Und wer erwartet hätte, daß die PKK den Unmut der kurdischen Anwohner gegen das kapitalistisch-imperialistische Großprojekt des GAP-Staudamms anführt, dem zigtausende Menschen, Tiere, jahrtausendealte Kulturdenkmäler zum Opfer fallen und mit dem die türkischen Machthaber die arabischen Anrainer-Staaten abhängig machen wollen, der sieht sich eines Besseren belehrt: In seiner Verteidigungsschrift vor dem Staatssicherheitsgericht, in der Öcalan die Perspektiven seines „Demokratieprojekts Türkei“ entwirft, ist der GAP-Staudamm das einzige aktuelle positive Beispiel für die von ihm angestrebte „Kooperation von Türken und Kurden in der demokratischen Türkei“. Kein Wunder also, wenn die westeuropäische breite Protestbewegung gleichsam im luftleeren Raum agiert...

Für die Verwirklichung ihres neuen Traumes von „Frieden und Demokratie“ hat die PKK buchstäblich Kreide gefressen: Sie hat nicht nur die Ziele eines eigenen Staates Kurdistan, einer Föderation und sogar einer Autonomie für die Kurden ad acta gelegt, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht offiziell aufgegeben. Sie hat zwei Gruppen von „Friedensdelegationen“ mit entsprechenden Botschaften in die Türkei geschickt, eine aus Guerilla-Kommandanten und eine aus hohen Funktionären aus Westeuropa. Beide wurden dort nicht etwa empfangen, sondern sofort verhaftet, und ein Teil bereits zu hohen Haftstrafen (mehr als 18 Jahren!) verurteilt. Der Wunsch, den „Arm des Henkers zu lähmen, indem man immer neue Opfer aufs Schafott bringt“ (so ein hoher PKK-Funktionär), wird vorerst nicht in Erfüllung gehen. Der ai-Folterbericht 2000 belegt die nach wie vor systematische Folterpraxis, der Halbjahresbericht des Menschenrechtsvereins zeigt keine wirkliche Besserung.

Kein Wunder also, wenn der neue Kurs der PKK-Führung innerhalb und außerhalb der Partei auf Kritik gestoßen ist. Erst kürzlich berichteten deutsche Medien von einer „Freiheitsinitiative“, einer größeren Gruppe von Dissidenten, die neue Linie der PKK-Führung als Verrat an den Prinzipien des legitimen Kampfes für nationale und soziale Befreiung der Völker Kurdistans auf das Schärfste verurteilen. Auch in Westeuropa hat sich eine Gruppe ehemaliger PKK-Funktionäre zu Wort gemeldet und ruft zu einem selbstkritischen Neubeginn auf. Von der grundsätzlichen Kritik an der neuen Linie findet sich nichts in den Dokumenten des 7. Parteikongresses im Februar 2000, kein Wort in den zahlreichen und einflußreichen Medien, die die PKK unterstützen. Fürchtet man dort die offene Diskussion um die grundlegenden Fragen des Kampfes, des Verhältnisses zur Türkei und EU? Fordert man Demokratie nur von anderen? Die Fragen stellt sich jeder, der den Freiheitskampf der Kurden mit Sympathie verfolgt, auch wenn es ausschließlich Sache der Kurden ist, über ihren Weg verantwortlich zu entscheiden.

Vor diesem Hintergrund muß man die fast hysterischen Reaktionen von PKK-Seite auf einen „Offenen Brief“ sehen, mit dem zwei PDS-Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtler die berechtigte Sorge von Angehörigen von (ehemaligen) Guerillakämpfern aufgegriffen hatten, weil diese von der PKK gefangengenommen und von Öcalan als Verräter bezeichnet worden sein sollen, für die er „härteste Sanktionen nach Kriegsrecht“ forderte. Die Unterstützer des „Offenen Briefs“ wurden als „Kriegsprofiteure“ und „Lumpen“ sowie Agenten eines internationalen Komplotts gegen die Kurden im allgemeinen und die PKK und Öcalan im besonderen diffamiert. Für eine Partei, die für sich „offene und echte Demokratie“ reklamiert, beschämend.

Aber mit solchen Methoden wird man die Diskussion unter den Kurden und ihren Freunden, um den Kurs und die Rolle der PKK auf die Dauer nicht unterdrücken können. Das Schicksal ehemals revolutionärer Organisationen und sozialistischer Parteien möge als Warnung dienen. Als Kritik, die keineswegs dem Feind nutzen soll, und auch nicht etwa als Argument für die Aufrechterhaltung des PKK-Verbotes. Im Gegenteil: Wie sollen die Kurden offen über ihre Zukunft und ihre Organisation diskutieren, wenn die PKK verboten bleibt?